

## „Wir werden behandelt wie Bittsteller“

IHK-Regionalausschuss Altötting-Mühldorf tagt im Kloster Raitenhaslach mit Blick auf die Kommunalwahl 2026 – Wunsch nach besserem Service der Verwaltung

*Von Martin Armbruster*

Schon für diese Location hatte sich das Kommen gelohnt: Der IHK-Regionalausschuss Altötting-Mühldorf tagte am 25. Juni 2025 im Steinernen Saal des Klosters Raitenhaslach. Kloster und Klostergasthof gehören zu den Attraktionen der Region. Herbert Prost, Leiter der IHK-Geschäftsstelle Mühldorf, hatte das Ganze eingefädelt.

Vor der Sitzung gab es für die Teilnehmer eine Führung mit Tatjana Ruhl. Ruhl gehört zum Team des Akademiezentrums Raitenhaslach der Technischen Universität München (TUM) und hatte wenige Tage zuvor noch eine IHK-Prüfung abgelegt. Sie erklärte, wie im einstigen Zisterzienserkloster eine Außenstelle der Weltklasse-Uni TUM entstand. Der Mix aus jahrhundertealten Fliesen, Mauern, Toren und WLAN-Routern wirkt auf Besucher faszinierend.

Die Anlage ist heute für die Region auch ein touristischer Gewinn, die Klostergaststätte gilt als Top-Ausflugsziel. Laut Ruhl finden zudem pro Jahr rund 350 Veranstaltungen in dem ehemaligen Kloster statt: Konzerte, Hochzeiten und Tagungen. Der Steinerne Saal krönt das Ganze. „Alle wollen in diesen Saal“, versicherte Ruhl. Für die Ausschuss-Sitzung war der Raum an diesem Mittwoch Nachmittag ideal: Er sorgte für angenehme Kühle. Im Freien brannte die Sonne bei gut 30 Grad.

Die Sitzung stand unter dem Motto „Forderungen zur Kommunalwahl 2026 – was ist uns wichtig?“ Bevor man da einstieg, beschäftigte sich die Ausschuss-Vorsitzende Ingrid Obermeier-Osl mit der politischen Großwetterlage. Sie äußerte sich vorsichtig optimistisch. Obermeier-Osl sagte, sie nehme der schwarz-roten Bundesregierung die Zusage ab, die Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen. Das große Problem sieht sie in der schlechten Stimmung im Land, die durch Negativberichte der Medien noch verschlimmert werde.

Obermeier-Osl berichtete über die laufenden Vorbereitungen für die IHK-Wahl 2026. Sie nannte es erfreulich, dass nahezu alle Mitglieder ihres Regionalausschusses erneut kandidieren wollten. Sie wertete das als Beleg für die gute Qualität der Ausschuss-Arbeit. „Wir haben einen guten Draht zur regionalen Politik und Presse. Wir haben hier Einfluss“, sagte die Unternehmerin.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der „Workshop zur Erarbeitung regionaler Positionen“ für die Kommunalwahlen 2026. Basis dafür ist ein dreistufiges Verfahren. Als ersten Schritt hat das IHK-Hauptamt „Allgemeine kommunale Forderungen“ formuliert – und diese in neun Themenblöcke gegliedert. Vor der Sitzung hatten die Teilnehmer per Online-Abstimmung die drei Handlungsfelder ausgewählt, die sie kommunalpolitisch für die Wichtigsten halten.

Der Ausschuss wählte die Themen

- Verwaltung,
- Haushalt und
- Fachkräftesicherung

und bestätigte das mit einem formalen Beschluss. Ziel des Workshops war, die „allgemeinen Forderungen“ zu diesen drei Themen mit konkreten Punkten für die beiden Landkreise Altötting und Mühldorf zu ergänzen, da größere Städte mit Oberbürgermeistern in dieser Region nicht vorhanden seien. Herbert Prost verband etwa das Ziel Fachkräftesicherung mit dem Hinweis auf den Sanierungsbedarf der Berufsschule Altötting, die in einem miserablen Zustand sei.

Besonders intensiv diskutierten die Unternehmerinnen und Unternehmer über den Zustand der **Verwaltung der Landkreise**. Hier scheint der Handlungsbedarf besonders groß. Ein Mitglied des Regionalausschusses erklärte zum Beispiel, es warte seit drei Jahren auf die Genehmigung seiner Photovoltaikanlage. In Österreich ginge das deutlich schneller. Dort habe man verstanden, dass die Behörden die Wirtschaft fördern müssten.

Ein weiteres Ausschussmitglied klagte über umfangreiche Auflagen des Denkmalschutzes. Es habe deshalb eigens einen Architekten eingestellt. Seiner Meinung nach laufe vieles „super-bürokratisch“. Selbst eine Baustellen-Beschilderung sei ein Problem. Auf dessen Wunsch hin wurde auch der Punkt wasserrechtliche Genehmigungen in die Forderungen aufgenommen. Das Mitglied erklärte, seit sieben Jahren nutze es eine Quelle, um sich mit Brauchwasser zu versorgen. Für die weitere Nutzung brauche es eine Genehmigung. Es habe sich die Finger wund telefoniert, um zu erfahren, wer überhaupt zuständig sei. Man werde von Behörde zu Behörde verwiesen.

Ein anderes Mitglied unterstrich das. Im Behördenkontakt gehe es seinem Unternehmen nicht anders. „Man schiebt die Verantwortung einfach weiter. Niemand ist mehr

bereit, eine Entscheidung zu treffen,“ sagte es. Wofür unsere Verwaltung ein Jahr brauche, das passiere in China in drei Tagen – in der gleichen Qualität und nötigenfalls mit KI.

Man müsse den Dienstleistungsgedanken in die Verwaltung implementieren meinte ein weiterer Teilnehmer. Die Idee, der anrufende Unternehmer könnte ein Kunde sein, sei dort noch nicht angekommen. „Wir werden behandelt wie Bittsteller“, stellte er fest. Mehrere Ausschussmitglieder kritisierten, dass man das Ziel einer digitalen Verwaltung bislang nur ansatzweise erreicht habe.

Ein Unternehmer warnte da vor zu großen Hoffnungen. Er meinte, Digitalisierung, technische Fragen und Software-Umstellungen würden auch gerne als Vorwand genutzt, um die eigentliche Arbeit zu verschleppen.

Eine Teilnehmerin sah den direkten Weg mit den Behörden in Form eines runden Tisches als den richtigen Weg der Kommunikation mit den verschiedenen Behördenvertretern. Das habe kürzlich in der Praxis wieder hervorragend funktioniert. Sie schlug vor, dieses Format regelmäßig einzusetzen. Das garantiere, dass die Wirtschaft bei wichtigen Themen schneller und gezielter agieren könne. Im Zusammenhang mit Punkt zwei, einer „**klugen Haushaltsführung**“, erklärte sie, sie lehne in der jetzigen Phase jede Diskussion über höhere Hebesätze bei der Gewerbesteuer ab. Das sei kontraproduktiv. Das Ziel Nr. 1 laute, die Wirtschaft wieder ins Laufen zu bringen.

Nach Ansicht aller Ausschuss-Mitglieder könnte sich die Haushaltslage verbessern, indem man an der richtigen Stelle spare. „Am besten wäre es, wenn man uns in Ruhe machen lässt“, meinte ein Teilnehmer.

Zwei weitere Wirtschaftsvertreter bekräftigten die Forderung, die Kommunen – im Falle der Region also die Landkreise Altötting und Mühldorf a. Inn – sollten alles sein lassen, was die Wirtschaft in Eigenregie schneller und besser machen könne. Man könne sich auch viele Aktivitäten sparen, wenn man IHK- und HWK-Geschäftsstellen bei wichtigen Entscheidungen besser einbinde.

Der Regionalausschuss Altötting – Mühldorf nahm auch Praxisbeispiele unter die Lupe: Die Kommunen sollten prüfen, ob sie z. B. Kulturpreise oder das Sponsoring eines regionalen Filmfestivals wie Biennale Bavaria in knappen Haushaltszeiten aussetzen könnten.

Bei Punkt drei „**Fachkräftesicherung**“ befürworteten die Unternehmer grundsätzlich die Forderung, die Kommunen müssten im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern und das Angebot an Kinderbetreuung verbessern, wenngleich städtische Forderungen in der Region manchmal überzogen schienen. Ein Ausschussmitglied gab aber zu bedenken, der Bedarf lasse hier nach. Auf dem Land stünden die ersten Kitas leer, weil die Kinder fehlten. Zudem seien die Kita-Gebühren drastisch gestiegen.

Als wichtige kommunale Aufgabe bezeichnete ein Sitzungsteilnehmer die Schaffung eines migrationsfreundlichen Klimas. Die Wirtschaft sei heute hochgradig auf die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen. Wohin ein Abschottungskurs führe, zeige das Beispiel Ungarn. Dort setze schon die Kapitalflucht ein, die Wirtschaft leide, Arbeitskräfte seien nicht mehr zu bekommen.

Eine Teilnehmerin warnte vor einer ausufernden Abschiebe-Debatte. Es widerspräche dem Interesse der Unternehmen, wenn zum Beispiel gut integrierte Menschen aus der Ukraine nach einem Krieg abgeschoben würden. Eine weitere Teilnehmerin unterstrich das. Sie berichtete nur Gutes über drei junge Frauen aus der Ukraine, die sie ausgebildet und beschäftigt habe. Auf diese Fachkräfte wolle sie keinesfalls mehr verzichten.

Herbert Prost wird nun aus den drei „Fokusthemen“ samt den auf der Sitzung gemachten Vorschlägen ein Papier erstellen. Dieser Prozess läuft auch in allen anderen IHK-Regionalausschüssen. In den kommenden Monaten wird die IHK dann mit den finalen Ergebnissen an die Öffentlichkeit gehen.

Weitere Höhepunkt der Sitzung: Christine Christ machte den Ausschuss-Mitgliedern im Biergarten ihres Klostergasthofs deutlich, warum das Ausflugsziel Raitenhaslach so beliebt ist. Die Diskussionen gingen da weiter – nur mit dem Blick auf die ganz großen Themen der Wirtschaft. Vor allem der Deutsch-Amerikaner Woelfl beeindruckte mit seiner Analyse des Zollkriegs von Donald Trump. Ausschuss-Chefin Obermeier-Osl äußerte sich über den Sitzungsort Raitenhaslach mehr als zufrieden: „Das war heute eine besonders tolle Veranstaltung.“